1. **EZB-Chef Trichet sorgt sich wegen zu hoher Managergehälter**
   „Wir müssen einige sehr hohe Vergütungen sehr, sehr aufmerksam untersuchen. Sie werden von den Menschen in unseren Demokratien auf beiden Seiten des Atlantiks nicht verstanden“, warnt der Präsident der Europäischen Zentralbank.
   Selbst die wirtschaftsfreundliche FAZ schließt sich diesen Bedenken an: Viele amerikanische Vorstände verdienten deutlich besser, so werde häufig argumentiert. „Ja, und?, ließe sich da fragen. Eine zwangsweise Orientierung an höheren Managergehältern im Ausland machte nur Sinn, wenn dadurch die Abwanderung der besten deutschen Vorstände zu ausländischen Konkurrenten verhindert werden sollte. Eine solche Abwanderung findet aber so gut wie gar nicht statt, denn sehr begehrt sind deutsche Vorstände im hochbezahlten Ausland überhaupt nicht – das Land verlassen hingegen ganz andere, die eher der Mittelschicht angehören: junge und hochtalentierte Wissenschaftler, Informatiker und Ingenieure.“
   Quelle: FAZ
2. **Thomas Fricke: Finanzpolitiker wie Währungshüter haben ihr Wirken jahrelang auf falsche Annahmen gebaut**
   Es spricht einiges dafür, dass Regierende wie Notenbanker die letzte Krise umgekehrt verstärkt haben. Wenn die deutschen Potenziale größer waren, war nicht nur ein entsprechend kleinerer Teil der Wachstumsschwäche bis 2005 strukturell bedingt (und stattdessen eher konjunkturell), sondern auch ein kleinerer Teil der staatlichen Finanzprobleme. Und es hätte gelohnt, die Konjunktur schon viel früher zu stützen – was bis 2006 jahrelang abgelehnt wurde, weil wir ja angeblich kein Konjunkturproblem hatten. Die Deutschen hätten sich mit einiger Wahrscheinlichkeit den Rekord von fünf Millionen Arbeitslosen sparen können. Und sie könnten vielleicht bald auf Vollbeschäftigung zusteuern. Wenn sie sich von Ökonomen nicht einreden ließen, dass das Land das Potenzial dazu nicht hat.
   Quelle: FTD

   Anmerkung AM: *Der Kolumnist der Financial Times Deutschland stellt mit Genuss und mit Recht heraus, mit welchen schrägen Theorien die hierzulande herrschenden Nationalökonomen hantieren. Drei Hinweise möchte ich ergänzen:*

   Erstens: Der Niedergang ab dem Jahr 2001 hatte nicht nur die von Fricke genannten Gründe, er war auch die Folge einer grotesken Fehleinschätzung der Lage durch die meinungsführenden Nationalökonomen, insbesondere durch den Sachverständigenrat, und einer dieser falschen Beratung entsprechenden falschen Geld- und Fiskalpolitik. Ich erinnere daran, dass der Sachverständigenrat in seinem am 15.11.2000 präsentierten Gutachten angesichts von 4 Millionen Arbeitslosen dennoch behauptete,

die Konjunktur laufe rund. In einer ähnlichen Gefahr, nämlich die wirtschaftliche Belebung viel zu schnell als Boom zu bezeichnen und abzuhaken, stehen wir übrigens auch jetzt wieder.

Zweitens: Unser eigentliches Problem ist, dass der dominante Teil der deutschen Wirtschaftswissenschaft von Makroökonomie nichts verstehen will und sich die Mehrheit von Politik und Publizistik dem anschließt.

Darauf wiesen **drittens** schon vor fast fast drei Jahren der amerikanische Nobelpreisträger Robert Solow und der Chefökonom von Goldman Sachs, Jim O'Neill, in Interviews mit der Wirtschaftswoche und der Zeit hin. Ich zitiere Robert Solow aus seinem Interview mit der Wirtschaftswoche vom 9.9.2004:

»**Die deutsche Wirtschaft schwächelt nun schon seit einer Dekade.**
Wenn ich ein Manager wäre, würde ich meine Produktion auch nicht ausweiten, solange die Märkte nicht erkennbar expandieren.«
An dieser klaren Erkenntnis gehe man in Deutschland jedoch ständig vorbei, und zwar parteiübergreifend und angefeuert von einer ökonomischen Wissenschaft und Publizistik, über die Solow sagte:
»Klar, Makropolitik beherrscht vermutlich niemand perfekt. Aber mir scheint offensichtlich: in Deutschland könnte man sie wesentlich besser machen«.

So ist es.

3. **Der größte österreichische Baukonzern Strabag geht zu 30 Prozent an den russischen Milliardär Oleg Deripaska**
Der russische Oligarch ist Alleinherrscher über die Aluminiumbranche des Landes. Er hat seinen Konzern Rusal mit dem Konkurrenten Sual und dem Schweizer Handelshaus Glencore zum weltgrößten Aluminiumproduzenten verschmolzen. Deripaska gilt mit einem Vermögen von rund 16,8 Mrd. Dollar der zweitreichste Russe.
Quelle: NZZ

Anmerkung Orlando Pascheit: Am Beispiel Deripaskas wird deutlich, dass die Präsidentschaft Putins sich nur vordergründig als Antithese zu jener Jelzins eignet. Kaum zuvor in der Wirtschaftsgeschichte ist in einem Land in so kurzer Zeit einer Oberschicht so sagenhafter Reichtum beschert worden, wie unter Jelzin. Putin mag die politischen Ambitionen dieser Klasse beschnitten haben, aber bis auf strategisch wichtige Bereiche wie die Energiewirtschaft, blieb es beim Ausverkauf des nationalen Wirtschaftsbestandes an Unternehmer, die die Sowjetwirtschaft zum eigenen Vorteil

ausschlachten können – während die Allgemeinheit darbt. Die gegenwärtige ökonomische Stabilisierung beruht nicht auf einer besonderen wirtschaftspolitischen Leistung des Putin-Regimes, sondern ist allein dem Anstieg der Rohstoffpreise geschuldet. Russland bleibt eine Großmacht mit der Wirtschaft eines Entwicklungslandes.

4. **Werner Vontobel: Flucht aus dem Armenhaus**
   Der Ansturm der deutschen Arbeitskräfte in die Schweiz hat vor allem einen Grund: Deutschland hat sich innerhalb weniger Jahre mutwillig zum Billiglohnland und zum Armenhaus gemacht. Das Statistische Bundesamt meldet für 2006 ein Wirtschaftswachstum von 2,7 Prozent. Doch man muss genauer hinsehen: Gestiegen sind auch 2006 nur die Gewinne, nämlich um rund 30 Milliarden Euro. Die Summe aller Löhne hingegen ist trotz leicht zunehmender Beschäftigung erneut gesunken – und das mitten im Aufschwung!
   Das geht schon lange so. Seit inzwischen zehn Jahren tut sich in Deutschland punkto Reallohn gar nichts mehr. Die Kaufkraft der Löhne ist in dieser Zeit um 5,1 Prozent gesunken.
   Quelle: Sonntags Blick
5. **Spiegel: Konsumenten lassen sich von Euphorie anstecken**
   Boomstimmung in den Unternehmen, der Dax auf dem Weg zur historischen Höchstmarke – und auf dem Arbeitsmarkt ist bereits von Fachkräftemangel die Rede. Einzig die privaten Verbraucher blieben bislang vorsichtig. Doch inzwischen ist die Skepsis in Euphorie umgeschlagen. Die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) phantastische Zahlen: Die Zuversicht der Verbraucher in die Konjunktur stieg auf einen Rekordwert.
   Quelle: Spiegel Online

   Anmerkung: *Der Spiegel setzt seine Aufschwungkampagne fort. Typisch Spiegel: Erst schreibt er ein Thema runter, dann wieder hoch und man wird es absehen können, dass der Aufschwung wieder herabgeschrieben wird.*
   Zu den „phantastischen" GfK-Zahlen über die Zuversicht der Verbraucher verweise ich auf den letzten Vergleich zwischen Stimmung und Realität. Schon Anfang des Jahres hat die GfK ein steigendes Konsumklima erfragt. Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes zum Einzelhandelsumsatz waren ernüchternd: Der Umsatz ist real um 1,6% gesunken.

6. **Die Privatisierung der Bahn bringt statt einer Haushaltsentlastung Mehrkosten**
   Der Bund tritt bei der Privatisierung der Bahn freiwillig sämtliche Mitspracherechte

ab, verpflichtet sich zu Subventionen und darf dafür das Schienennetz nach 15 Jahren zu einem noch unbekannten Preis “zurückkaufen”. Damit droht die Aktion für die öffentliche Hand und die Verbraucher zu einem ähnlichen Verlustgeschäft zu werden wie in Großbritannien.
Quelle: Telepolis

7. **Hans-Böckler-Studie zu Betriebsvereinbarungen über flexible Arbeitszeiten**
Quelle: Hans-Böckler-Stiftung